

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/042(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 07.06.2024	Ratssaal	15:00 Uhr	18:10 Uhr

Leitung:  
Teilnehmer:

Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris  
siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19. 04. 2024 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohner\*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Städtepartnerschaftsvertrag mit Kiryat Motzkin (Israel) DS0177/24  
BE: Oberbürgermeisterin
- 5.2 Wahlbereiche zu Kommunalwahlen nach den Wahlen vom 09. Juni 2024 DS0108/24  
BE: Oberbürgermeisterin

5.3	Bedarfsplanung im Rettungsdienstbereich der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	DS0135/24
6	Anträge	
6.1	Kontaktboxen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimieren CDU-Ratsfraktion	A0055/24
6.1.1	Stellungnahme zu Kontaktboxen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimieren BE: Oberbürgermeisterin	S0204/24
6.2	Mehr Stadtwachen in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0080/24
6.2.1	Mehr Stadtwachen in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	S0215/24
6.3	Bürgeranleihen CDU-Ratsfraktion	A0051/24
6.3.1	Bürgeranleihen BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0174/24
6.4	Herrmann-Gieseler-Halle als Sporthalle weaternutzen SPD-Stadtratsfraktion	A0256/23
6.4.3	Herrmann-Gieseler-Halle als Sporthalle weaternutzen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0256/23/1
6.4.4	Herrmann-Gieseler-Halle als Sporthalle weaternutzen BA KGM	A0256/23/2
6.4.5	Herrmann-Gieseler-Halle als Sporthalle weaternutzen BE: Bürgermeisterin	S0121/24
6.5	Weiterentwicklung: Kaiser-Otto-Preis Fraktion DIE LINKE	A0008/24
6.5.1	Weiterentwicklung: Kaiser-Otto-Preis BE: Bürgermeisterin	S0048/24
6.6	Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen SPD-Stadtratsfraktion	A0294/23
6.6.1	Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen Fraktion GRÜNE/future!	A0294/23/1
6.6.2	Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen Fraktion GRÜNE/future!	A0294/23/1/1

6.6.3	Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0071/24
6.7	Digitalisierung der Sozialberichterstattung Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0012/24
6.7.1	Digitalisierung der Sozialberichterstattung SPD-Stadtratsfraktion	A0012/24/1
6.7.2	Digitalisierung der Sozialberichterstattung Fraktion AfD	A0012/24/2
6.7.3	Digitalisierung der Sozialberichterstattung BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0172/24
6.8	Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0053/23
6.8.1	Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0053/23/1
6.8.2	Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0074/24
6.9	Nahverkehr attraktiv machen - Kundenfreundliche Kommunikation entwickeln Fraktion DIE LINKE	A0029/24
6.9.1	Nahverkehr attraktiv machen - Kundenfreundliche Kommunikation entwickeln BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	S0097/24
7	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Simone Borris

**Mitglieder des Gremiums**

René Hempel

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Oliver Müller

Kathrin Natho

Carola Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Dr. Thomas Wiebe

**Vertreter**

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Mirko Stage

i.V.f. SR'in Keune

i.V.f. SR Zander

i.V.f. SR Meister

**Verwaltung**

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Kornelia Keune

Olaf Meister

Roland Zander

**Geschäftsführung**

Eileen Herrmann

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Oberbürgermeisterin bittet um Aufnahme in die Tagesordnung:

TOP 9.4 - DS0286/24 – Aufnahme von Verhandlungen über Immobilien

Die Aufnahme des TOPs und die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 3 Enthaltungen **bestätigt**.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 19. 04. 2024 - öffentlicher Teil

---

Auf der Seite 11 unter TOP 8.3. wird hinzugefügt:

#### 8.3. Brunnersiedlung

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, informiert über eine vor einigen Tagen stattgefundenene Polizeikontrolle in der Brunnerstraße, in deren Rahmen **120** Bußgeldbescheide wegen Parkverstößen (halbseitiges Parken auf dem Bordstein) verteilt wurden. (...)

Die so geänderte Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 19.04. 2024 – öffentlicher Teil wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 4 Enthaltungen genehmigt.

### 4. Einwohner\*innenfragestunde

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Einwohner\*innen anwesend.

### 5. Beschlussvorlagen

---

5.1. Städtepartnerschaftsvertrag mit Kiryat Motzkin (Israel)  
Vorlage: DS0177/24

---

Die TL 2 BOB Frau Hilger informiert über das bereits im Jahr 2009 vom Stadtrat beschlossene Vorhaben, eine geeignete Stadt für eine deutsch-israelische Städtepartnerschaft zu ermitteln. Des Weiteren informiert sie über die Beratung des Auswärtigen Amtes und den Besuch der Oberbürgermeisterin Kiryat Motzkins im Jahr 2023. Die TL 2 BOB stellt, unter Voraussetzung der Zustimmung des Verwaltungsausschusses und Beschlussfassung durch den Stadtrat, einen Abschluss des städtepartnerschaftlichen Vertrages zum Ende des Jahres 2024 in Aussicht.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, bringt seine Freude bzgl. der Drucksache zur Städtepartnerschaft zum Ausdruck und erkundigt sich nach bereits bestehenden Überlegungen zur Zusammenarbeit mit Kiryat Motzkin.

Die TL 2 BOB setzt die Mitglieder des Verwaltungsausschusses über verschiedenste Vorhaben in Kenntnis, z.B. gemeinsame Projektarbeiten mit Jugendlichen und dem Holocaust-Gedenk-Zentrum in Kiryat Motzkin, um die Gedenkkultur aufrecht zu erhalten. Weiter führt sie fort, dass es Gespräche mit der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft aus Magdeburg, der Jüdischen Gemeinde Magdeburgs sowie verschiedenen Schulen und Kindergärten gab, die ihr Interesse angemeldet haben.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, die DS0177/24 in seiner Sitzung am 13.06.2024 zu beschließen.

5.2. Wahlbereiche zu Kommunalwahlen nach den Wahlen vom 09.  
Juni 2024  
Vorlage: DS0108/24

---

Stadtrat Schwenke, CDU Ratsfraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung der Beschlussfassung auf eine Stadtratssitzung nach den Kommunalwahlen mit der Begründung, dem neugewählten Stadtrat nicht die Wahlbereiche vorschreiben zu wollen.

Stadträtin Natho, Fraktion GRÜNE/future!, spricht sich gegen eine Vertagung und für den Beschluss der Drucksache in der nächsten Stadtratssitzung (13.06.2024) aus sowie auch Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei und Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE.

Die Stadträte Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz und Kohl, AfD-Fraktion, schließen sich den Worten des Stadtrates Schwenke, CDU Ratsfraktion, an.

Der Verwaltungsausschuss lehnt den Geschäftsordnungsantrag mit 6 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen ab.

Stadtrat Schwenke, CDU Ratsfraktion, begründet nochmals das Ablehnen der Drucksache seitens seiner Fraktion.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! i.V.für Stadtrat Meister, Fraktion Grüne/future!, spricht sich für die Zustimmung zur Drucksache aus.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, nennt als interne Begründung seiner Fraktion gegen die Drucksache, dass sich die zehn bestehenden Ortsvereine neu zusammensetzen müssten. Er führt aus, dies nicht als problematisch anzusehen, verweist jedoch auf die Relevanz der rechtlichen Problematik.

Stadtrat Kohl, AfD-Fraktion, sieht einen Verbesserungsbedarf und kritisiert, dass nur eine Alternative für die Aufteilung der Wahlbereiche vorgelegt worden sei. Er verweist auf die Möglichkeit, dass bessere Alternativen vorhanden sein könnten, und bittet darum, verschiedene Alternativen zu diskutieren. Die abschließende Entscheidung könne dann ggf. dem neuen Stadtrat überlassen werden. Die Oberbürgermeisterin hält es für bedenklich, die Entscheidungen auf den neuen Stadtrat zu verschieben.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, macht deutlich, dass im vergangenen Diskussionsprozess verschiedene Alternativen vorgestellt worden seien und es sich bei der aktuellen Beschlussvorlage um eine Kompromisslösung handele. Sie stellt klar, dass die Anzahl der aktiven Parteimitglieder sowie die Anzahl der Abgeordneten durch die Reduzierung der Wahlbereiche nicht gemindert werde. Sie sieht in der Änderung der Wahlbereiche eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und hält die Einteilung auch für leichter vermittelbar für Bürger.

Stadträtin Natho, Fraktion GRÜNE/future!, spricht sich ebenfalls gegen eine Vertagung der Entscheidung auf den neuen Stadtrat aus und verweist auf die Zielstellung einer fairen Repräsentation der Wahlbereiche und des Wählerwillens.

Der Amtsleiter 12 Herr Dr. Hoppe erinnert daran, dass verschiedene Varianten für die Einteilung der Wahlbereiche in den Fraktionen vorgestellt wurden und zu unterschiedlichen Zeitpunkten versucht worden sei, eine entsprechende Beschlussvorlage einzubringen. Er schätzt ein, dass die genannten Argumente aus reiner Stadtratsicht und nicht aus Bürgersicht dargelegt wurden. Er führt aus, dass die angestellte Simulation keine Änderung bei den Wählerstimmen durch die Anpassung der Wahlbereiche ergeben habe, und dass der Effekt der Verzerrung bei kleineren Wahlbereichen bedeutend höher sei. Er äußert die Auffassung, dass keine begründeten Argumente gegen den vorliegenden Beschlussvorschlag sprächen, und bittet um die heutige Entscheidungsfindung.

Stadtrat Kohl, AfD-Fraktion, äußert die Ansicht, dass alle Stadträte die Absicht eine, die Wahlbereiche möglichst gerecht einzuteilen. Er schlägt daher eine Aufteilung in zwei Wahlbereiche vor. Herr Dr. Hoppe verweist auf die Wichtigkeit der Stadtteilschärfe und er äußert die Auffassung, diese mit der vorliegenden Variante bestmöglich zu erzielen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0108/23 in seiner Sitzung am 13.06.2024 zu beschließen.

### 5.3. Bedarfsplanung im Rettungsdienstbereich der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0135/24

---

Der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht seinen Dank für die Einbringung der Drucksache aus und wirft die Frage nach der Zusammensetzung der Beratungskosten auf. Zudem möchte er wissen, nach welchen Prinzipien die Angebotsauswahl erfolgte. Darüber hinaus hinterfragt er die Verwendung von Wasserzeichen in einer öffentlichen Drucksache. Mit Verweis auf die aus dem Gutachten hervorgehende Erforderlichkeit zur Neuerrichtung der Rettungs-, Notarztwache Max-Otten-Straße fragt er nach, ob ein Containerwechsel als Neuerrichtung gewertet werde. Ferner wirft er die Frage nach der Vorgehensweise, der Zuständigkeit und den Kosten für die Sicherung der Grundstücke für Neubauten auf. Des Weiteren bittet Stadtrat Müller darum, den Beschlusspunkt 2 insofern zu ergänzen, dass der Stadtrat informiert wird. Für den Beschlusspunkt 3 schlägt er die Ergänzung einer Zeitschiene, beispielsweise Dezember 2024, vor.

Der Beigeordnete Herr Krug kündigt an, die Zusammensetzung der Beratungskosten für den Verwaltungsausschuss nachzureichen. Er gibt den Hinweis auf den nicht öffentlichen Status der Anlagen zur Drucksache, welcher die Verwendung der Wasserzeichen begründet. Hinsichtlich der Verortung der Neubauten und Grundstücke macht er deutlich, dass nur schwerlich kurzfristig Grundstücke gefunden werden können, sodass vorerst die Marktlage zu beobachten und eine Interessenbekundung vorzunehmen sei, wenn geeignete Grundstücke zum Verkauf stehen. Aus diesem Grund können noch keine Aussagen zu konkreten Standorten und Grundstückskosten getroffen werden. Weiterhin teilt er mit, dass der Standort Max-Otten-Straße für die Rettungsdienstbedarfsplanung langfristig nicht mehr relevant sein werde. Unabhängig davon werde ein Containeraustausch erfolgen, um angemessene Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Ferner legt er dar, dass der Stadtrat selbstverständlich fortlaufend informiert werde, und signalisiert sein Einverständnis mit einer entsprechenden Anpassung des Beschlusspunktes 2. Hinsichtlich der angeregten Ergänzung des Beschlusspunktes 3 bittet er darum, keine zeitliche Bindung einzufügen, da der Zeithorizont aufgrund verschiedener Faktoren noch nicht einschätzbar sei.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0135/24 mit dem Änderungsantrag DS0135/24/1 in seiner Sitzung am 13.06.2024 zu beschließen.

## 6. Anträge

---

### 6.1. Kontaktboxen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimieren Vorlage: A0055/24

---

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, stellt fest, dass die Stadtverwaltung laut der vorliegenden Stellungnahme bereits mit der Umsetzung des Anliegens befasst sei. Er bittet daher um Zustimmung zum Antrag.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, informiert über die Berichterstattung der Verwaltung im KRB, in deren Rahmen der Ist-Zustand aufgezeigt und dem Antrag gegenübergestellt wurde. Infolgedessen sei die Fraktion übereingekommen, dass die bereits erfolgten Maßnahmen ausreichend wären und sich der Antrag daher erübrige. Sie kündigt die Ablehnung des Antrages an.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, stimmt dem vorgenannten Grund für die Ablehnung des Antrages zu.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0055/24 in seiner Sitzung am 15.08.2024 nicht zu beschließen.

#### 6.1.1. Stellungnahme zu Kontaktboxen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimieren Vorlage: S0204/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.



## 6.2. Mehr Stadtwachen in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: A0080/24

---

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, stellt klar, dem Inhalt der Stellungnahme keinesfalls folgen zu können. Er verweist auf die Verunsicherung der Bürger und die notwendige Erhöhung der Präsenz von Polizei und Ordnungsamt. Er informiert über seine Beobachtung, dass das seit drei Wochen in Fermersleben dauerhaft eingesetzte Polizeifahrzeug merklich zur Beruhigung der Situation in diesem Gebiet beigetragen habe.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Ratsfraktion, kündigt eine Ablehnung des Antrages an, da die Fraktion das Modell einer gemeinsam mit der Polizei vorgehaltenen 24-Stunden-Stadtwache als effektiver einschätze.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, spricht sich ebenfalls für das Modell einer 24-Stunden-Stadtwache sowie die Erweiterung der Kompetenzen der Mitarbeiter des Stadtordnungsdienstes aus. Er macht zudem deutlich, dass die Mitarbeiter des Ordnungsamtes nicht in den Büros, sondern auf der Straße benötigt werden, damit sich die Bürger sicherer fühlen können.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, kündigt die Ablehnung des Antrages an und legt die Auffassung dar, dass Polizeikräfte für die Aufgabenwahrnehmung fehlen und der Antrag keinen Ansatz für die Problemlösung darstelle.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz i.V.d. Stadtrates Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht deutlich, dass mit dem Antrag die Diskussion der Thematik aufgenommen werden solle. Er äußert sein Bedauern darüber, dass kein Änderungsantrag bezüglich einer 24-Stunden-Stadtwache eingebracht wurde. Er bittet darum, den Antrag nicht abzulehnen, sondern einen interfraktionellen Änderungsantrag einzubringen.

Die Oberbürgermeisterin erinnert an den bereits vorhandenen Antrag zur Einrichtung einer dauerhaft besetzten Stadtwache und stellt klar, dass es finanziell nicht leistbar sei, dieses Ansinnen zu realisieren. Zudem verweist sie auf die Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung.

Der Beigeordnete Herr Krug teilt mit, dass die Polizei den Antrag mit einer Ressourcenplanung der Polizei ablehne. Er berichtet über die Erfahrungswerte für die in der Vergangenheit in zwei Stadtteilen eingerichteten Stadtwachen, welche nicht wahrgenommen worden seien. Aus diesem Grund werde eine mobile Wache präferiert, da diese aus Sicht von Polizei und Verwaltung stärker von den Bürgern angenommen werde. Er macht deutlich, dass er ebenfalls die Einrichtung einer 24-Stunden-Stadtwache begrüße, dies jedoch mit einem für die Stadt nicht finanzierbaren Personalaufwand verbunden sei. Darüber hinaus lasse die aktuelle Gesetzeslage noch keine ausreichende Ausstattung der Mitarbeiter mit Kompetenzen und Ausrüstung zu.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0080/24 in seiner Sitzung am 13.06.2024 nicht zu beschließen.

### 6.2.1. Mehr Stadtwachen in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: S0215/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Bürgeranleihen  
Vorlage: A0051/24

---

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! i.V. für Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, teilt mit, dass der FG nicht vom Antrag überzeugt gewesen sei, da dieser zu allgemein abgefasst sei und keine konkreten Projekte benannt wurden.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, stimmt der von Stadtrat Stage vorgetragenen Kritik zu.

Auf Nachfrage des Stadtrates Dr. Wiebe, SPD-Ratsfraktion, bestätigt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Kroll die rechtliche Umsetzbarkeit des Antrages. Herr Kroll weist jedoch auf die hohe Anzahl an Bedingungen hin, welche an einen Investitionskredit geknüpft ist, weswegen die Verwaltung diese Option für kleinere Projekte als nicht lohnenswert einschätze.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0051/24 in seiner Sitzung am 13.06.2024 nicht zu beschließen.

6.3.1. Bürgeranleihen  
Vorlage: S0174/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4. Herrmann-Gieseler-Halle als Sporthalle weaternutzen  
Vorlage: A0256/23

---

Zur Beratung liegen die Änderungsanträge A0256/23/1 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei sowie A0256/23/2 des Betriebsausschusses KGM vor.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag A0256/23/1 und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, stellt die rechtliche Umsetzbarkeit des Änderungsantrages infrage und er bezeichnet diesen im Hinblick auf den zu erwartenden Zeitverzug und die damit einhergehenden Kostensteigerungen als kontraproduktiv. Er kündigt eine Ablehnung des Änderungsantrages an.

Die Oberbürgermeisterin macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag A0256/23/2 und bittet um Zustimmung. Sie verweist auf die Vielzahl an Objekten, welche auf Wunsch des Stadtrates erhalten werden sollen, und bittet darum, einen Kompromiss darüber zu finden, welche Objekte in städtischem Eigentum verbleiben sollen und welche ggf. in Privathand gegeben werden könnten, wenn ohnehin keine Nutzung für das jeweilige Objekt gefunden werden kann. Sie macht deutlich, dass zu viele Objekte mit einem zu hohen Investitionsbedarf in Verantwortung der Stadt erhalten werden sollen. Weiterhin macht sie darauf aufmerksam, dass sich die Flächen des umliegenden Areals nicht in städtischem Eigentum befinden. Sie schlägt vor, die städtischen Flächen für den Bau des Kinderschutzhouses zu verwenden und die übrigen Flächen zu verkaufen. Sie spricht sich dafür aus, stattdessen in das Kulturhaus AMO zu investieren.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! i.V. für Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, informiert, dass im StBV eine Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten erfolgt sei, und er bittet auch im VW um eine Einzelabstimmung. Zudem spricht er der Verwaltung seinen Dank dafür aus, dass die rechtzeitige ordentliche Einladung zum StBV trotz Erkrankung der zuständigen Mitarbeiterin gewährleistet wurde. Weiterhin spricht Stadtrat Stage sich für die Zustimmung zum Beschlusspunkt 3 des Änderungsantrages aus dem Betriebsausschuss aus. Bezug nehmend auf die Argumentation des Stadtrates Hempel gegen den Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages der Fraktion FDP/Tierschutzpartei teilt er mit, dass der StBV dem Beschlusspunkt zugestimmt habe. Hinsichtlich des Beschlusspunktes 1 des Antrages legt er die Auffassung dar, dass die Halle weder als Sporthalle noch für kulturelle Zwecke benötigt werde, und er spricht sich ebenfalls dafür aus, das AMO langfristig als Kulturstätte zu erhalten. Den Beschlusspunkt schätzt er als entbehrlich ein und er schlägt als Alternative die Aufstellung von Sanitärcontainern vor. Abschließend stellt er mit Bedauern fest, dass das angeregte Interessenbekundungsverfahren keine Mehrheit gefunden habe.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Ratsfraktion, verweist auf die Diskrepanz zwischen der hohen Anzahl an Projekten und den wenigen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Um die Halle dennoch nicht ihrem Schicksal zu überlassen, sei aus der Leerstandsverwaltung rauszuhalten und den Zustand zu erhalten, sei der vorliegende Antrag eingebracht worden. Er spricht dem KGM seinen Dank dafür aus, dass bereits Maßnahmen für den Erhalt des Zustands ergriffen wurden. Ferner widerspricht er der Ansicht, dass keine weiteren Sportstätten benötigt werden, und verweist auf die Vereine der Stadt. Darüber hinaus signalisiert er sein Einverständnis zu einer Containerlösung für die Sanitäranlagen. Er bittet die Oberbürgermeisterin darum, ein Interessenbekundungsverfahren in die Wege zu leiten, und macht auf die Möglichkeit aufmerksam, dass sich der neue Stadtrat für den Erhalt der Halle ausspricht.

Die Oberbürgermeisterin macht unabhängig von der Nutzung der Halle durch Vereine oder der Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens auf die hohen Kosten für den laufenden Betrieb aufmerksam, für die eine Deckung gefunden werden müsste. Der Anregung des Stadtrates Stage, das Interessenbekundungsverfahren nicht nur für Vereine und Soziokulturelle Zentren, sondern auch für private Dritte durchzuführen, stimmt die Oberbürgermeisterin zu.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, bezeichnet den damaligen Beschluss zur Schließung der Halle als Fehler. Er stimmt dem Anliegen der Oberbürgermeisterin zur erneuten Verständigung über den Erhalt von städtischen Objekten zu. Ferner schätzt er den Beschlusspunkt 3 des Änderungsantrages des Ausschusses als zustimmungswürdig ein und schlägt vor, im Anschluss über ein Interessenbekundungsverfahren zu beraten. Er äußert seinen Unmut darüber, dass in der Vergangenheit ein interessierter Investor durch den massiven Widerstand im Stadtrat vergrämt worden sei. Er legt die Ansicht dar, dass die Halle als weitere Eventhalle nicht leistbar sei und die für die kulturelle Nutzung zur Verfügung stehende Stadthalle sowie Hyparschale ausreichend seien.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, stimmt der Sichtweise des Stadtrates Schuster bezüglich des Investors zu. Er erinnert daran, dass bezüglich der Hyparschale damals ähnlich verfahren worden sei. Zudem erinnert er an den damaligen Antrag, die Halle der Wobau zu überschreiben. Er gibt den kritischen Hinweis, dass sich der Zustand der Halle mit fortschreitendem Zeitverzug bei der Entscheidungsfindung weiter verschlechtere. Ferner signalisiert er seine Zustimmung zum Punkt 3 des Änderungsantrages des Betriebsausschusses.

Die Bürgermeisterin legt dar, dass die Halle aufgrund ihrer Bedeutung nicht in die Leerstandsverwaltung überführt worden sei. Aus dieser „Standby“-Lösung ergebe sich für das Sportbudget jedoch jährlich eine zusätzliche finanzielle Belastung in Höhe von 100.000 Euro. Sie merkt an, dass der aktuelle Abstimmungsstand eine kurzfristige Beauftragung eines Gutachtens zulasse, sodass Ende des Jahres ein Ergebnis vorliegen könne.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, erinnert an die damalige Anregung, die Halle für den Freizeitsport von Vereinen zu nutzen. Bezug nehmend auf die Kritik an der Ablehnung des Stadtrates zum damaligen Vorhaben eines Investors legt er die Auffassung dar, dass die damalige Visualisierung des Vorhabens derart abschreckend und aus städtebaulicher Sicht für die Innenstadt verheerend gewesen sei. Er verweist auf den geschichtlichen Hintergrund der Halle und die mit der Halle verbundenen sportlichen Erfolge und stellt klar, dass dieser Erinnerungswert bei einer Konzepterarbeitung zu berücksichtigen sei. Er äußert die Ansicht, dass Vorhaben, deren Konzepte nicht mit dieser Idee verknüpft sind, im Stadtrat scheitern werden.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, stimmt der Auffassung zu, dass die Halle weiterhin als Sporthalle hätte genutzt werden sollen. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag des Betriebsausschusses.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Beschlusspunkt 3 des Änderungsantrages A0256/23/2 in seiner Sitzung am 13.06.2024 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages A0256/23/1 in seiner Sitzung am 13.06.2024 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Beschlusspunkt 1 des Antrages DS0256/23 in seiner Sitzung am 13.06.2024 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Beschlusspunkt 2 des Antrages DS0256/23 in seiner Sitzung am 13.06.2024 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag DS0256/23 in seiner Sitzung am 13.06.2024 in geänderter Form zu beschließen.

#### 6.4.5. Herrmann-Gieseler-Halle als Sporthalle weaternutzen Vorlage: S0121/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 6.5. Weiterentwicklung: Kaiser-Otto-Preis Vorlage: A0008/24

---

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag und kündigt die Vorbereitung eines Änderungsantrages zur Stadtratssitzung an.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0008/24 nicht zu beschließen.

6.5.1. Weiterentwicklung: Kaiser-Otto-Preis  
Vorlage: S0048/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.6. Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen  
Vorlage: A0294/23

---

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, bittet um Zustimmung zu beiden Änderungsanträgen, da diese aufeinander aufbauen.

Es besteht kein Einbringungsbedarf zum Antrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen, mit 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0294/23/1/1 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen, mit 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den geänderten Änderungsantrag A0294/23/1 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen, mit 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den geänderten Antrag A0294/23 zu beschließen.

6.6.3. Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen  
Vorlage: S0071/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.7. Digitalisierung der Sozialberichterstattung  
Vorlage: A0012/24

---

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Fraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag A0012/24/1 und bittet um Zustimmung.

Es besteht kein Einbringungsbedarf zum Änderungsantrag A0012/24/2.

Hinsichtlich des Einsatzes von KI legt der Beigeordnete Herr Dr. Gottschalk dar, dass in Deutschland noch keine KI-basierten Lösungen für den Sozialbereich vorhanden seien. Er bietet jedoch an, KI-Lösungen für die Zukunft zu prüfen. Er gibt den Hinweis, dass das KISS-Portal seit 2020 zur Verfügung stehe und eine browserbasierte Lösung sowie eine App-Adaptierung umsetzbar wären.

Stadtrat Dr. Wiebe wirft die Frage auf, ob eine Stellungnahme der KID zum Vorhaben eingeholt wurde. Herr Dr. Gottschalk führt aus, dass die KID derartige Projekte umsetzen könne, lediglich die Umsetzungsdauer sowie die Kosten seien fraglich.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, spricht sich dafür aus, die vom Kreis Pinneberg entwickelte App, welche sich bereits bewährt habe, zu übernehmen, anstatt die KID mit der Erstellung einer neuen App zu beauftragen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, bezeichnet den Änderungsantrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei als zustimmungsfähig und er spricht sich für die Übernahme der App des Kreises Pinneberg aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, mit 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0012/24/2 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0012/24/1 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0012/24 nicht zu beschließen.

### 6.7.3. Digitalisierung der Sozialberichterstattung Vorlage: S0172/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### 6.8. Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: A0053/23

---

Es besteht kein Einbringungsbedarf zum Antrag.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, äußert sein Unverständnis darüber, dass die SPD-Fraktion ihren eigenen Antrag mit einem Änderungsantrag anpassen möchte, in welchem nicht klar ersichtlich sei, was geändert werden soll.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0053/23/1 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0053/23 nicht zu beschließen.

### 6.8.2. Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: S0074/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.9. Nahverkehr attraktiv machen - Kundenfreundliche Kommunikation entwickeln  
Vorlage: A0029/24

---

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag und bittet um Zustimmung. Er äußert die Auffassung, dass die Fahrgäste der in der Stellungnahme getroffenen Aussage, dass die MVB umfassend mit ihren Kunden kommuniziere, nicht zustimmen würden. Er macht deutlich, dass er der dargelegten Ansicht, dass keine Verbesserungen erforderlich sind, nicht zustimme.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! i.V. für Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, erläutert ein Beispiel aus seinem Umfeld, woran er verdeutlicht, dass die rechtzeitige Information der Fahrgäste nicht ausreichend sei. Er empfiehlt der Stadtverwaltung die Überarbeitung der Stellungnahme und kündigt die Zustimmung zum Antrag an.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Ratsfraktion i.V. für Stadträtin Keune, SPD-Ratsfraktion, führt aus, dass eine Digitalisierung die Fahrgastsituation erleichtern würde. Durch die Installation von GPS-Trackern an den Bahnen könnten die Fahrzeiten und eventuelle Verspätungen oder Ausfälle in Echtzeit per App verfolgt werden. Er kündigt die Zustimmung zum Antrag an.

Die Oberbürgermeisterin sichert zu, den Änderungshinweis zur Stellungnahme zu prüfen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0029/24 zu beschließen.

6.9.1. Nahverkehr attraktiv machen - Kundenfreundliche Kommunikation entwickeln  
Vorlage: S0097/24

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

---

7.1. Städtepartnerschaften

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert die Absicht des Kulturausschusses, sich in der Sitzung am 19.06.2024 mit der Thematik der Städtepartnerschaften intensiver zu befassen. Er bittet um die Anwesenheit eines zuständigen Vertreters der Stadtverwaltung.

Die Oberbürgermeisterin nimmt Bezug auf den Antrag A0156/24 und macht deutlich, dass dieser beantwortet werde und zur Einbringung der Stellungnahme ein Mitarbeiter zur Verfügung stehen werde. Sie weist auf die Einberufung der zuständigen Arbeitsgruppe hin, welche die Thematik bearbeiten werde.

Stadtrat Müller erinnert kritisch an die Ankündigung einer Drucksache für das letzte Quartal 2023, welche bisher nicht vorgelegt worden sei. Er stellt klar, dass sich der Stadtrat noch in seiner alten Zusammensetzung mit der Thematik befassen möchte. Er kündigt an, dass demzufolge ein Austausch ohne Beteiligung der Verwaltung stattfinden werde.

Die Oberbürgermeisterin stellt den Stadträten einen diesbezüglichen Austausch frei. Zudem legt sie dar, dass die Drucksache aufgrund der personellen Kapazitäten nicht pünktlich vorgelegt werden konnte. Sie macht darauf aufmerksam, dass dennoch Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaften erfolgen und lediglich mehr Zeit benötigt werde, um eine fundierte Drucksache einzubringen. Sie sichert zu, die Diskussion in der Niederschrift zur Kulturausschusssitzung nachzuvollziehen.

## 7.2. Sozialticket (A0002/22)

In Bezugnahme auf die Aussage in der S0036/24, dass die Finanzierung des Schülertickets der Verwaltung nicht bekannt ist, stellt Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, klar, dass weder ein kostenloses Sozialticket noch ein 49-Euro-Ticket gefordert worden sei. Er bezeichnet den Inhalt der Stellungnahme als Kapitulationserklärung der Stadtverwaltung, da es offensichtlich keine Abstimmung zwischen der Verwaltung und der MVB gebe. Zudem sehe er in der Beantwortung keinen Willen der Stadtverwaltung, mit dem Stadtrat auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! i.V. für Stadtrat Meister, GRÜNE/future!, schlägt den Fraktionen als Kompromisslösung vor, in die Stadtratssitzung einen Änderungsantrag zum Antrag bezüglich eines Sozialtickets für 19 Euro einzubringen.

Auf Hinweis der Oberbürgermeisterin hinsichtlich der vorgeschlagenen Verrechnung stellt Stadtrat Hempel richtig, dass es Zielstellung sei, die Zahlung an die MVB um 34 Mio. Euro zu reduzieren, da die Verwaltung zu diesem Betrag Tickets erworben hätte. Der in Rede stehende Betrag in Höhe von 5 Euro sollte für die Ausgleichszahlungen an den Verkehrsverbund verwendet werden. Stadtrat Hempel äußert die Annahme, dass die Stadtverwaltung das Ansinnen nicht verstanden habe.

Die Oberbürgermeisterin stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Simone Borris  
Oberbürgermeisterin

Eileen Herrmann  
Schriftführer/in